



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5086.02

BVD/P105086
Basel, 28. April 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 27. April 2010

Interpellation Nr. 20 Beat Jans betreffend Beschleunigung des dritten Juradurchstichs (Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. April 2010)

„Das Bundesamt für Verkehr und die SBB haben am 22. März 2010 eine Zwischeninformation zum Konzept Bahn 2030 veröffentlicht. Das vorgestellte Konzept konzentriert sich auf die Ost-West Achse. Die Region Basel scheint von Bundesbern nur als Drehscheibe des internationalen Güterverkehrs wahrgenommen zu werden. Die Lösung des Engpasses an der Juraquerung wird einmal mehr in eine zweite Priorität verschoben. Dabei wäre der Wisenbergtunnel für die Nordwestschweiz aber auch für die Auslastung der NEAT von herausragender Bedeutung.

Ich bitte den Regierungsrat die folgenden Fragen zu beantworten:

- Wie wird der Regierungsrat gegenüber dem Bund Stellung nehmen? Wird er sich hierfür mit den Nachbarkantonen und/oder mit anderen Regionen abstimmen?
- Wie stellt sich der Regierungsrat zu der Möglichkeit einer Vorfinanzierung bzw. "freiwilligen Mitfinanzierung" (Zitat Bundesamt für Verkehr) von Bahnprojekten, namentlich des dritten Juradurchstichs? Gibt es hierzu eine abgestimmte Haltung der Nordwestschweizer Kantone?
- Hat der Regierungsrat nicht auch den Eindruck, dass die Region Basel in Verkehrsfragen zu wenig geeint vorgeht und damit gegenüber dem Bund und anderen Partnern zu wenig Kraft entfaltet? Gibt es Überlegungen, wie dies verbessert werden könnte?

Beat Jans“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Wie wird der Regierungsrat gegenüber dem Bund Stellung nehmen? Wird er sich hierfür mit den Nachbarkantonen und/oder mit anderen Regionen abstimmen?

Der Regierungsrat wird sich dezidiert für einen neuen Juradurchstich einsetzen. Das Vorhaben ist für ihn zentral, da es von kantonaler, nationaler sowie internationaler Bedeutung ist. Diesen Willen hat er bereits bei früheren Gelegenheiten, auch im Zusammenhang mit der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen, mehrfach bekräftigt ¹.

¹ vgl. Antwortschreiben Nr. 04.8069.03 und 08.5116.02 vom 19.01.2009 zu den Anzügen Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Verhinderung einer Verzögerung des Baus des Wisenbergtunnels bzw. Urs Schweizer und Konsorten betreffend schnellere InterCity-Verbindungen für Basel

Im Anschluss an die Zwischeninformation vom 22. März 2010 haben das Bundesamt für Verkehr (BAV) und die SBB mit den kantonalen Fachstellen des öffentlichen Verkehrs Gespräche geführt. Bis Ende Mai erwartet das BAV von den Kantonen Stellungnahmen und Vorschläge zum vorgeschlagenen Angebotskonzept, zu den Infrastrukturmassnahmen und auch zur Finanzierung. Die Inputs werden nach erfolgter Prüfung in den Vernehmlassungsentwurf einfließen. Das Bau- und Verkehrsdepartement wird seine zentralen Anliegen (u.a. wirtschaftliche Bedeutung des Raums Basel inkl. Rolle als internationale Verkehrsdreh-scheibe, Regio-S-Bahn, Lösung der Kapazitätsproblematik bei den Juraquerungen etc.) vorbringen. Es wird diese mit den Nordwestschweizer Kantonen und gegebenenfalls auch mit anderen Kantonen abstimmen, unter anderem innerhalb der schweizerischen Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV) und des Gotthardkomitees. Ein Positionspapier der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) soll bis zur Plenarversammlung vom 11. Juni 2010 vorliegen.

Wie stellt sich der Regierungsrat zu der Möglichkeit einer Vorfinanzierung bzw. "freiwilligen Mitfinanzierung" (Zitat Bundesamt für Verkehr) von Bahnprojekten, namentlich des dritten Juradurchstichs? Gibt es hierzu eine abgestimmte Haltung der Nordwestschweizer Kantone?

Zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen der anderen Nordwestschweizer Kantone ist der Regierungsrat grundsätzlich der Auffassung, dass die Finanzierung von Grossvorhaben im Schienenverkehr, zu denen ein neuer Juradurchstich zweifelsohne zählt, Aufgabe des Bundes ist und bleiben muss. Für den Regierungsrat ist eine Vorfinanzierung solcher Projekte denkbar, sofern der Bund den Kantonen ihre geleisteten Beiträge samt Zinsen zurückerstatten wird. Gerade letzteres ist für Projekte, die im Rahmen der «Zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur» (ZEB) beschlossen worden sind, nicht vorgesehen. Mit Vereinbarungen, die SBB und Bund bereits mit gewissen Kantonen abgeschlossen haben (z.B. Zürcher Durchmesserlinie, Ausbau Lausanne – Genf) sind allerdings bereits Präzedenzfälle für Vor- bzw. Mitfinanzierungen geschaffen worden. Es ist daher nicht auszuschliessen, dass der Bund künftig Vorhaben nach dem Kriterium Vorfinanzierung priorisieren wird (auch wenn er dies heute bestreitet). Eine solche Tendenz lehnt die KöV Nordwestschweiz entschieden ab.

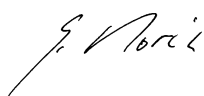
Bei Projekten für den Regionalverkehr, wie zum Beispiel beim Herzstück Regio-S-Bahn oder zur Kapazitätssteigerung im Knoten Basel, unterstützt der Regierungsrat eine Mitfinanzierung. Eine gemeinsame Position der Nordwestschweiz dazu soll ebenfalls bis zur Plenarversammlung der NWRK am 11. Juni 2010 vorliegen. Die KöV Nordwestschweiz hat die Federführung bei der Erarbeitung dieser Position übernommen und wird auch die Abstimmung mit den Finanzdirektoren sicherstellen.

Hat der Regierungsrat nicht auch den Eindruck, dass die Region Basel in Verkehrsfragen zu wenig geeint vorgeht und damit gegenüber dem Bund und anderen Partnern zu wenig Kraft entfaltet? Gibt es Überlegungen, wie dies verbessert werden könnte?

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) und die KöV Nordwestschweiz haben bereits vor Jahren ihre Vorstellungen zu den strategischen Verkehrsvorhaben (u.a. neuer

Juradurchstich) formuliert. Obwohl sie diese auf nationaler Ebene bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorbringen (z.B. im Rahmen der periodisch stattfindenden Treffen mit den Nordwestschweizer Ständerätinnen und Ständeräten oder im Gotthardkomitee), muss leider festgestellt werden, dass die Anliegen zwar immer mehr, aber dennoch zu wenig wahrgenommen werden. In einem zielorientierten Lobbying sieht der Regierungsrat klar Verbesserungsbedarf, und er möchte seine diesbezüglichen Anstrengungen in Zukunft noch verstärken. Dabei ist er auf eine vermehrte Unterstützung durch die Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier der Nordwestschweizer Kantone angewiesen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin